Nr. 131 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 10. Juni 1933

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 4. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 6. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). — Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Deutschland erklärt Transfer-Moratorium

Vorübergehende Maßnahme zum Schutz der Währung — Privatschulden werden weiter gezahlt — Zahlungseinstellung ab 1. Juli — Eine rein volkswirtschaftliche Maßnahme

Berlin. Amtlich wird berichtet:

Nachdem auch die Vertreter der kurz- und langfristigen Auslandsgläubiger in der vorwöchigen Zusammenkunft mit der Reichsbank einhellig anerkannt haben, daß bei einem weiteren Rückgang der Gold- und Devisenreserve die volle Funktion der Reichsbank als zentrales Notenbankinstitut beeinträchtigt werde, und es daher wünschenswert sei, diese Reserve schrittweise zu erhöhen, hat die Reichsbank nunmehr an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in welchem sie davon Mitteilung macht, daß sie mit Wirkung per 1. Juli d. Js. für eine vorübergehende und hoffentlich kurze Zeit die Zuteilung von Devisen auf alle diejenigen Zahlungen einstellt, welche Verpflichtungen betreffen, die vor der Juli-Krise 1931 entstanden sind. Ausgenommen hiervon sind die bestehenden Stillhalteabkommen.

Um ganz klar zu machen, daß es sich bei der vorübergehenden Unterbrechung des Transfers um eine rein volkswirtschaftliche Angelegenheit handelt, nämlich darum, daß die Reichsbank nicht genügend fremde Zahlungsmittel zur Verfügung hat, nicht aber um eine Zahlungsstockung privater Schuldner, hat die Reichsregierung ein Gesetz erlassen, wonach die deutschen Schuldner verpflichtet werden, ihre Zahlungen in Reichsmark weiter zu leisten. Die eingezahlten Markbeträge werden in einer besonderen Konversionskasse solange verwaltet, bis wieder genügend ausländische Zahlungsmittel zur Verfügung stehen, um den rückständigen Transfer durchzuführen.

Mit dieser Lösung gibt die Reichsregierung klar zu erkennen, daß sie die Sicherheit privater Eigentumsrechte nicht antastet und daß die deutsche Wirtschaft den festen Willen hat, ihre eingegangenen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Diese Einstellung Deutschlands ist umso höher zu werten, als in der **Wirtschaft zahlreicher anderer Länder nicht nur Transfer-, sondern auch Zahlungsschwierigkeiten an der Tagesordnung sind,** während in Deutschland mit ganz vereinzelten Ausnahmen die Schuldner ihren Verpflichtungen in vollem Umfange nachgekommen sind.

Im Einverständnis mit der Reichsbank **treten die Stillhaltegläubiger bereits am 13. Juni d. Js. zu einer Besprechung in London zusammen.** Die Reichsbank hat an die Vertreter der langfristigen Gläubiger und an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel das Ersuchen gerichtet, ebenfalls in der kommenden Woche in London zu einer Besprechung zusammenzutreten. Die Reichsbank wird bei diesen Besprechungen ihr Möglichstes tun, um zu einer Lösung der seit langem erwarteten und nunmehr eingetretenen Transferkrise beizutragen. Sie wird dabei ausgehen von den beiden Grundsätzen, die die Berliner Besprechungen mit den Gläubigervertretern als einhelliges Ergebnis festgestellt haben nämlich,

1. daß die Gold- und Devisenreserve der Reichsbank zwecks Erhaltung ihrer Funktion als Währungsinstitut wieder angereichert werden muß und

2. daß der laufende Warenhandel Deutschlands keinen Finanzierungsbeschränkungen unterworfen wird, weil sonst die hervorragendste Quelle des Devisenaufkommens verschlossen werden würde.

Aus diesem Grunde sind auch alle unkontrollierbaren Zeitungsnachrichten mit größter Skepsis aufzunehmen, die von Vergeltung oder Gegenmaßnahmen ausländischer Kreise sprechen, wie z. B. Beschlagnahmen, Zwangsclearing und ähnlichen Dingen.

Rücktritt des spanischen Kabinetts

Verschärfter Linkskurs auf breiter Plattform — Kein Entgegenkommen gegen die Reaktion

Madrid. Im Verlaufe des Donnerstag im ehemaligen Königsschloß unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Ministerrates hat Ministerpräsident Azana den Rücktritt des Gesamtkabinetts eingereicht.

Der mit seinem Kabinett zurückgetretene Ministerpräsident Azana stand seit Oktober 1931 an der Spitze der Regierung. Er hatte ursprünglich nur eine Umbildung des Kabinetts in Aussicht genommen. Als er jedoch heute dem Präsidenten der Republik die Urkunde der Ernennung eines neuen Finanzministers zur Unterschrift vorlegte, erklärte Präsident Zamorra, daß er vorher noch mit den Fraktionsführern und anderen Politikern Rücksprache nehmen wolle. Azana reichte hierauf sogleich den Rücktritt des Gesamtkabinetts ein, der vom Präsidenten angenommen wurde.

Die Verhandlungen zur Neubildung der Regierung beginnen sofort und zwar zunächst mit dem sozialistischen Kammerpräsidenten. Daß die Sozialisten allein die kommende Regierung bilden werden, ist kaum anzunehmen. Sehr viel wahrscheinlicher ist, daß ein erweitertes republikanisches Konzentrationskabinett gebildet werden wird, unter Umständen sogar wieder unter dem Vorsitz von Azana.

Gegen faschistische Vertreter im J. A. A.

Genf. Auf der internationalen Arbeitskonferenz kam es am Donnerstag erneut zu einem scharfen Vorfall. Bei der Bildung der Einzelausschüsse, in die die drei Gruppen der Konferenz (Regierungsvertreter, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter) selbständig ihre Vertrete entsenden, ehnt die Arbeitergruppe die Entsendung der deutschen Arbeitervertreter in die einzelnen großen Ausschüsse ab. Die Arbeitergruppe der internationalen Arbeitskonferenz setzt damit die seit Jahren gegen die faschistische Arbeitervertretung geübte Unterdrückungspolitik nunmehr auch gegenüber der deutschen Arbeitervertretung durch.

In der Sitzung der Arbeitergruppe beantragten die deutschen und italienischen Vertreter gegenseitig ihre Entsendung in die Ausschüsse, jedoch wurden diese Anträge von der großen Mehrheit der Gruppen abgelehnt. Auf diese Weise soll die deutsche Arbeitervertretung ebenso wie die italienische auf der internationalen Arbeitskonferenz von der Teilnahme an den großen Ausschußverhandlungen ausgeschlossen werden.

Der Ministerpräsident beim Staatspräsidenten

Wichtige Unterredung auf dem Schloß.

Warschau. Der Staatspräsident Moscicki empfing am Donnerstag den Ministerpräsidenten Jendrzejewicz zu einer längeren Unterredung auf dem Schloß, in deren Verlauf der Ministerpräsident den Staatspräsidenten eingehend über die politische und wirtschaftliche Situation im Lande informierte. Wie es in politischen Kreisen heißt, kommt dieser Unterredung eine größere Bedeutung zu und ist die Vorbereitung zu bestimmten Regierungsmaßnahmen.



Revolver-Attentat auf Venizelos

Eleutherios Venizelos mit seiner Gattin. — Auf den früheren griechischen Ministerpräsidenten wurde am Dienstag auf einer Fahrt mit seiner Gattin nach Athen von einem fahrenden Auto aus ein Attentat verübt. Durch etwa 40 Schüsse, die auf ihn abgegeben wurden, ist Frau Venizelos schwer verwundet worden, während Venizelos selbst nur leichte Verletzungen davontrug. Sein mit ihm fahrender Adjutant wurde getötet.

Tschechoslowakische Krise

Zu den Ländern, die der Wirtschaftskrise bisher den relativ besten Widerstand leisten konnten, gehört neben Frankreich und Holland, die Tschechoslowakei. Unter dem Eindruck der Ereignisse im Reich, ist auch in der Tschechoslowakei ein Krisenzustand eingetreten, die Verschärfung greift um sich und damit auch die Gefahr einer faschistischen Welle, die ohnehin schon vor den deutschen Ereignissen vorhanden war. Wenn auch kaum anzunehmen ist, daß je eine Verständigung zwischen dem deutschen Nationalfaschismus und den tschechischen Nationalisten möglich wäre, so liegt die Gefahr einer verschärften Krise nahe, daß doch Versuche gemacht werden, um die bisher hochgehaltenen demokratischen Prinzipien zu umgehen. Einen solchen Versuch stellt die eben behobene Regierungskrise dar, die zugleich auch zu einer Kabinettskrise auszuarten drohte. Fast eine Woche lang wurde im Kabinett verhandelt, um das Staatsbudget zu sanieren, und schließlich griff der tschechische Premier zum Mittel, welches von fast allen Reaktionären angewendet wird, wenn ihnen die parlamentarische Kritik an ihren Regierungshandlungen zu unbeliebt erscheint. Die Finanzen der tschechoslowakischen Republik sind ins Wanken geraten, und hier greift die Regierung ein, um eine „Sanierungsmöglichkeit" zu haben. Innerhalb des Kabinetts bilden drei sozialistische Minister immerhin ein Hindernis, um das Parlament auszuschalten, und so war die bürgerliche Front im Kabinett bereit, das Kabinett umzubilden, um für die Sanierung freie Hand zu erlangen. Im Kabinett Malypeter sind auch zwei deutsche Minister, darunter unser Genosse Dr. Czech, es ist in der tschechischen Republik der beste Versuch, die Minderheit an den Staat zu binden.

Das eingebrachte Ermächtigungsgesetz war in seiner ersten Form so weitgehend gefaßt, daß es für die sozialdemokratischen Minister unannehmbar war. Denn die politische Auswirkung konnte recht wohl auch eines schönen Tages gegen die „Radikalisierung der Sozialdemokratie" angewendet werden, zumal ja der Hauptgegenstand dieses Ermächtigungsgesetzes die Ausschaltung des Parlaments war. Durch Verhandlungen, innerhalb des Kabinetts, ist es jetzt gelungen, dem Ermächtigungsgesetz eine Form zu geben, wodurch die Regierung verpflichtet ist, innerhalb dreier Monate alle ihre „Notverordnungen der Volksvertretung vorzulegen und, falls sie hier keine Mehrheit erhält, müssen diese Maßnahmen zurückgezogen werden. Die „Notverordnungen" dürfen nicht zum Schutz der Republik ausgewertet werden, da ja bekannt ist, daß innerhalb der bürgerlichen Koalition im tschechischen Kabinett Maßnahmen erwogen werden, um der nationalsozialistischen Welle im Sudetenland Einhalt zu gebieten. Vor einigen Wochen sind bekanntlich vom Prager Parlament einige deutsche Abgeordnete dem Gericht ausgeliefert worden, weil sie verdächtig erschienen, zu der Hitlerbewegung im Reiche Beziehungen zu unterhalten. Nun ist man innerhalb der sozialistischen Minister nicht gewillt, Ermächtigungsgesetze zu schaffen, die auch politisch ausgewertet werden können, zumal es kein Geheimnis ist, daß die Kosten der Finanzsanierung gern auf die Errungenschaften der Arbeiter übertragen werden sollen Dagegen wehrt sich die deutsche und tschechische Sozialdemokratie, der es schließlich gelang, die Krise zu liquidieren womit aber die Situation keineswegs bereinigt ist.

Nach aller Voraussicht in der Wirtschaftsentwicklung ist auch durch die Weltwirtschaftskonferenz eine Entspannung der Krise nicht zu erwarten, der Höhepunkt ist noch keinesfalls überschritten. Nun rechnet man auch in der Tschechoslowakei mit einer Verschärfung der Krisenerscheinungen und damit zur Schwächung der Finanzen die gewiß im größeren Maßstab, als anderwärts, zur Arbeitslosenhilfe verwendet werden. Gegen die Aufrechterhaltung der Errungenschaften der Arbeiterklasse, richtet sich jetzt der Kampf der bürgerlichen Parteien, und das Vorhandensein der Sozialdemokraten im Kabinett ist dem gesamten Bürgertum ein Dorn im Auge. Der Kleinbürger, der bisher weit fester fundiert war, als in Deutschland oder in den umliegenden Ländern, sieht seine Position unter der verschärften Krise gefährdet und das deutsche Muster spornt auch hier zum Generalangriff gegen die Arbeiterschaft an. Zwar unterscheidet sich der tschechische Faschismus wesentlich von seinem deutschen Muster, und man ist gerade von den Ereignissen im Reich nicht sonderlich erbaut, und die Sympathien für Hitler sind innerhalb des tschechischen Bürgertums gewichen

aber man hofft, irgendwo einhaken zu können, um im Faschismus die Rettung zu suchen. Gewiß kann man ruhigen Gewissens behaupten, daß der Grundgehalt der Tschechen die Demokratie ist und daß man die Republik als Staatsform nicht wird antasten lassen, dafür bürgt auch der Staatspräsident Masaryk, der Schöpfer dieser Volksrepublik. Aber es wäre vermessen, die Gefahr zu übersehen, die durch den Faschismus heraufgezogen wird, wenn auch die Tschechoslowakei immer schärfer in die Krise einbezogen wird.

Ein Teil der sogenannten deutschen Demokraten im tschechischen Parlament, die nun die Ereignisse in Deutschland an sich vorüberziehen sehen, biedern sich offen dem tschechischen Bürgertum an und geben in nicht mißzuverstehender Weise offen zu, daß auch an der Tschechoslowakei der Zeitpunkt gekommen ist, um den Kampf gegen den Marxismus aufzunehmen und sie wären gern bereit, in eine tschechisch-bürgerliche Koalition einzutreten. Groß war auch die Freude im deutschen Lager, als es dieser Tage schien, daß auf Grund des Ermächtigungsgesetzes der Zeitpunkt gekommen schien, um die „Marxisten" aus der Regierung auszuschalten und ein rein bürgerliches Kabinett zu bilden. Die deutschen Nationalsozialisten im Sudetenland stehen zwar diesen Besprechungen noch fern, aber ihr Nachäffen des deutschen Beispiels bringt sie in immer größere Differenzen mit den Behörden, und hier ist ein wunder Punkt, der auch die sogenannten deutschen Demokraten gefährdet und das ganze Deutschtum bedroht, da der tschechische Nationalismus mit Abwehrmitteln gegen den deutschen Nationalismus nicht gerade wählerisch ist. Die Sozialdemokratie, die gerade auf dem Boden der tschechischen Republik gemeinsam arbeitet, hat nun keinen Grund, zugunsten eines faschistischen Kurses ihre Position aufzugeben, denn ist erst einmal eine bürgerliche Koalition geschaffen, dann geht es nicht nur gegen die sozialen Rechte der Arbeiterschaft, sondern es dürfte bald auch der reaktionäre Kurs gegen die Arbeiterschaft in seiner Gesamtheit beginnen, und um Gründe dürfte man nie verlegen sein, wenn man die Haltung der Kommunisten in Erwägung zieht, die ja leider aus den deutschen Vorgängen bisher noch nichts gelernt haben, sondern, wie in Deutschland, auch jetzt noch immer ihren Hauptfeind in der Sozialdemokratie sehen. Einst eine mächtige Gruppe im Parlament, sind sie in ihren Bestrebungen die Helfer der Reaktion.

Einstweilen scheint also eine Regierungskrise behoben zu sein, das Ermächtigungsgesetz soll zunächst auf ein Jahr Geltung haben und Ende dieses Jahres eventuell revidiert werden. Seine Aufgabe soll in erster Linie der Sanierung der Finanzen gewidmet sein, doch erheben sich auch jetzt schon warnende Stimmen, ob dies nicht der Anfang zu einer zunächst legalen und später offenen Diktatur ist. Wie anderwärts, so sieht es auch in der Tschechoslowakei so aus, als wenn nur einige Notverordnungen die Krise beheben sollten. So war es unter Brüning in Deutschland, einen solchen Weg schritt Dollfuß ein und in Belgien schaltete man gleichfalls das Parlament aus. Gewiß, das tschechische Ermächtigungsgesetz sieht die Entscheidung des Parlaments vor. Aber wer weiß, ob man, erst einmal bei der Sanierung begriffen, nicht auch über die sozialistischen Minister hinaus, das Parlament auszuschalten bemüht sein wird, um schließlich das Kabinett von Sozialisten zu reinigen und dann mit einer „rein bürgerlichen Regierung" das Ermächtigungsgesetz großzügig auszunutzen, natürlich nur zur „Rettung des Staates". Wir wiederholen, daß der demokratische Gedanke in der Tschechoslowakei noch fest verankert erscheint, auch in der Armee nicht minder, die zu Masaryk stehend, allen faschistischen Bestrebungen abhold ist, was am besten der seinerzeitige Hinauswurf des früheren Generalstabschefs Gajda, des jetzigen Faschistenführeres, zum Ausdruck kam Möglich, daß das Totlaufen des deutschen Faschismus kein nachahmungswertes Beispiel für die Tschechoslowakei sein wird, aber Faschismus ist eben nun einmal eine „Rettungspsychose", und es gibt keine politische Dummheit, die das Bürgertum nicht gern gegen die Arbeiterschaft anwendet, wenn diese die politische Macht mit ausübt. Darum ist es auch nicht ganz sicher, ob nicht über eine verschärfte Krisenlage auch in der Tschechoslowakei nach deutschem und österreichischem Muster der Faschismus doch noch Einzug hält.

—ll

Keine Sitzverlegung der SPD. ins Ausland

Eine Erklärung des Genossen Löbe — Genosse Braun fordert den Prozeß gegen die Preußenminister

Berlin. Zu der aus Amsterdam stammenden Meldung, daß der Sitz des Vorstandes der Deutschen Sozialdemokratie nach Prag verlegt worden sei, erklärt der Abgeordnete Löbe, daß ihm von einer solchen Verlegung nichts bekannt sei.

Sitzung der SPD.-Fraktion

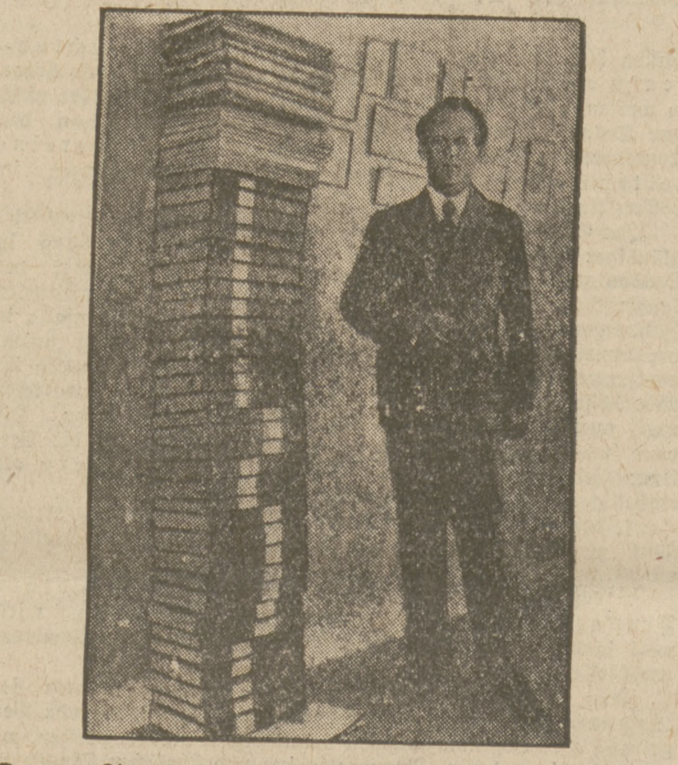
Vor wichtigen Entscheidungen.

Berlin. Wie das Büro der SPD. berichtet, hat der Parteivorstand die Fraktionen des Reichstags und des Landtags, sowie einige Mitglieder des Parteiausschusses für Sonnabend nach Berlin ins Reichstagsgebäude zu einer Konferenz zusammengerufen, die sich mit der gesamten politischen Lage und der Aktivierung der Partei beschäftigen soll. Wie es heißt, sollen die Fraktionen auch zu den verschiedensten Gerüchten im Ausland Stellung nehmen, die sich mit der Haltung der Partei beschäftigen.

Der Prozeß gegen die preußischen Minister

Otto Braun fährt nach Berlin.

Wie der „Sozialdemokraten" in Kopenhagen von wohlunterrichteter Seite erfährt, will der frühere preußische Ministerpräsident Otto Braun in den nächsten Tagen nach Berlin zurückkehren. Er will die Regierung zwingen, mit dem angedrohten Prozeß gegen die früheren preußischen Minister Ernst zu machen. Man beschuldigte diese bekanntlich, in unrechtmäßiger Weise über 2 Millionen Mark disponiert zu haben. Die Beschuldigung trifft nicht allein die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, sondern auch die Minister des Zentrums. Zwischen Hitler und Brüning haben deshalb in den letzten Tagen Verhandlungen stattgefunden, in der angeblich auch diese Fragen erörtert wurden.



Das „Nachwort" zum Kreuger-Drama

Die zwei Meter hohe Säule des Untersuchungsmaterials im Kreuger-Skandal. — Die Berichtbände umfassen nicht weniger als 20 000 Seiten. Unter Leitung des Polizeiassessors Sandström (auf unserem Bilde) habend rei Polizeisergeanten, acht Detektive, zwei Stenographen und 5 Maschinenschreiber ein ganzes Jahr hindurch an der Fertigstellung gearbeitet.

Stampfer zur Erklärung Löbes

Wir haben vor einigen Tagen die offizielle Meldung aus Berlin veröffentlicht, daß Löbe im preußischen Innenministerium angeblich die Erklärung abgegeben hätte, die Sozialdemokraten hätten nicht gezwungen sondern aus freien Stücken für die Erklärung gestimmt, mit der Hitlers außenpolitische Erklärung im Reichstag am 17. Mai gebilligt wurde. Auf diese angebliche Erklärung Löbes antwortet nun Friedrich Stampfer:

Nach einer halbamtlichen Mitteilung aus Berlin soll mein Freund Löbe dem preußischen Innenminister Göring erklärt haben, er mißbillige meinen Artikel über die Reichstagssitzung vom 17. Mai. Die Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion sei „ohne Zwang" aus sachlichen Erwägungen erfolgt. Da Berliner „halbamtliche Mitteilungen" zur Zeit jeder Glaubwürdigkeit entbehren, kann ich nicht wissen, welcher Tatbestand dieser Meldung zugrunde liegt. Wahrscheinlich ist Löbe zu Göring zitiert worden und hat dieser versucht, ihm eine der Wahrheit ins Gesicht schlagende Erklärung abzupressen. Ein solcher Vorgang würde ganz dem Verfahren entprechen, das seit dem Anbruch des Dritten Reiches geübt wird.

Worin für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die angebliche Freiheit von Zwang besteht, weiß alle Welt. Ungefähr die Hälfte ihrer Mitglieder sind gefangen oder flüchtig. Im Lande gehen die Abschlachtungen wehrloser Funktionäre der Arbeiterbewegung, die Gefangennahmen von Frauen als Geisel für die unauffindbaren Männer weiter. Die Mehrheit des Volkes, von den Deutschnationalen und dem Stahlhelm angefangen bis zur Linken hinüber, keucht unter dem furchtbarsten Druck. Deutschland ist geknechtet, wie seit Jahrhunderten kein Land geknechtet gewesen ist.

Auch ein Mann wie Paul Löbe kann, solange er im Deutschland Adolf Hitlers lebt, nicht die Wahrheit sagen. Um so mehr betrachte ich es als meine Pflicht, sie auszusprechen.

Am 17. Mai war ursprünglich nur eine kleine Gruppe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus taktischen Gründen bereit, sich notfalls auf die stumme Zustimmung zu Hitlers außenpolitischer Rede zu beschränken. Sie glaubte, durch diese stumme Geste zum Ausdruck bringen zu können, daß Hitlers Außenpolitik nichts andres sei als eine Fortsetzung der Außenpolitik Gustav Stresemanns.

Die große Mehrheit schien entschlossen, der Sitzung fernzubleiben, wenn der Fraktion die Abgabe einer eigenen Erklärung verboten würde. Erst nachdem die Regierung erklärt hatte, ihr sei das Leben der Nation wichtiger als das Leben einzelner Menschen, wich die Mehrheit dem auf sie ausgeübten erpresserischen Druck.

Das sind Tatsachen. Weder durch halbamtliche Mitteilungen noch durch erpreßte Erklärungen können sie aus der Welt geschafft werden.

Friedrich Stampfer.

Dr. Sitzler zum Divisionschef des I. A. A. ernannt

Genf. Der Verwaltungsrat beschloß die Ernennung des ehemaligen Ministerialdirektors im Reichsarbeitsministerium, Dr. Sitzler zum Divisionschef des Internationalen Arbeitsamtes. Dr. Sitzler, der als Nachfolger des früheren deutschen Divisionschefs, Dr. Ritter, zum 1. Mai in das Internationale Arbeitsamt eingetreten ist, gab vor den Mitgliedern des Verwaltungsrates die im Personalstatut vorgeschriebene Loyalitätserklärung ab, wonach die Beamten sich verpflichten, ihre Aufgaben ausschließlich vom Gesichtspunkt der internationalen Arbeitsorganisation zu erfüllen, und von keiner Regierung Instruktionen einzuholen oder entgegenzunehmen.

GILGI EINE VON UNS

Irmgard Keun

23)

„Gute Besserung" — „Danke." Sie legt den Hörer auf, kommt sich pflichtvergessen, unfair, faul und schlampig vor. Setzt sich auf ihren Koffer, heult ein bißchen, freut sich dann wieder, daß sie nun den ganzen Tag bei Martin sein wird, und hat ein schlechtes Gewissen, weil sie sich freut. Fühlt einen ziehenden Schmerz, als ihr das Endgültige ihrer Trennung von den Krons dunkel aufdämmert, sehnt sich plötzlich ganz sinnlos nach dem albernen, grünplüschenen Washington-Zimmer und schüttelt sich bei dem Gedanken, noch einmal da zu sitzen — es ist ein furchtbares Durcheinander, ihr ganzes Innere ist zum Kriegsschauplatz wüst streitender Empfindungen geworden, alles rollt, saust, wackelt, nichts steht fest — nur Martin. Der erscheint stolz mit einem Tablett, hat sich in der kurzen Zeit nicht nur fix und fertig angezogen, sondern auch schnell noch Kaffee gekocht. Brötchen, Butter, Jam, Honig — alles da. Mit ein paar Griffen baut er den Kaffeetisch auf, bricht nebenbei schnell mal einer Tasse den Henkel ab. Schmeißt die Honigbüchse äußerst geschickt gerade auf das schmale Spältchen nackten Parkettfußboden zwischen Läufer und Teppich, wo sie sich mit einem sanften Knacks in Scherben auflöst.

„Na, nun komm her, mein kleines Unglückswurm." Er hebt sie vom Koffer herunter, setzt sie sich auf den Schoß —, „bis mein linkes Bein wieder einschläft, kannst du so sitzen bleiben. — ... so ist's richtig! Hält mir da neulich einen Vortrag: wer gesund ist und keinen Hunger hat, hat einfach kein Recht, unglücklich zu sein — und heult mir jetzt die Revers weich und wabblig."

„Ist wahr, Martin." Gilgi hebt das Gesicht. Bucht stolz und froh, daß er sogar ihre bescheidenen Aussprüche behält. „Also — siehst du ... und ... dann ..." es wird ein langer und annähernd klarer Bericht. „Und was mich so bedrückt, ist eben, daß sie anständig und gut zu mir waren, aus purem, gemeinem Egoismus wünscht' ich schon, ich könnt' auch mal was ganz Besonderes für sie tun. Ich hab' sie auch gern, aber es gibt eben keinen Weg zueinander. Offen und ehrlich kann ich mit ihnen nicht sein, und immer lügen, das ist mir zuwider. Wenn sie zweifeln, ist's peinlich, und wenn sie mir treuherzig glauben, noch peinlicher." Ach wo, traurig ist sie nicht mehr, sie ist hier bei Martin, also da, wo sie hingehört. Sie hat sich benommen wie eine kleine Biedermeiergans, versteht's selbst nicht. Es gibt doch da sowas wie Vererbungstheorie, nur damit kann man sich den sentimentalen Anfall erklären. Die Krons werden einsehen, daß Kinder früher oder später immer ihre eigenen Wege gehen, und sich damit abfinden. Leiden werden sie nicht, Herr Kron schon gar nicht. Der leidet nur, wenn kein Rosenmontagszug ist oder eine Büttenrede nicht geklappt hat, oder wenn's Geschäft schlecht geht. Frau Krons Leidensfähigkeit ist ebenfalls begrenzt. Und eines Tages werden sie nicht mehr böse sein, man wird sie dann öfters besuchen — und sie hat Martin, hat ihre Arbeit, morgen wird sie pünktlicher denn je auf dem Büro sein — es wird alles gut, ist überhaupt schon alles gut. Gilgi rutscht von Martins Knien herunter. „Will jetzt nur schnell meiner Mutter einen Brief schreiben —"

„Der in St. Moritz?"

„Nein doch, der anderen."

„Ich finde deine Familienverhältnisse etwas kompliziert."

„Liebe Mutter!" schreibt Gilgi, — „sei nicht traurig. Ich wohne von jetzt an nicht mehr bei Euch, will Euch durch meine Art zu leben keinen Aerger mehr machen. Du brauchst keine Sorgen um mich zu haben, ich arbeite und weiß, wie ich mich durchbringe. Ich bin sehr traurig, daß ich Euch undankbar scheinen muß und eigentlich auch bin. Aber wenn Du mich mal brauchst — ich werde immer alles für Dich tun. Versuche jetzt nicht erst, mich aufzufinden. Wiederkommen für immer will ich nicht. Das ist für Euch und für mich besser so. Ich werde von Zeit zu Zeit bei Dir anrufen, und wenn Du mich dann nicht sprechen willst, kannst Du ja einfach einhängen. Aber wann Du nur willst, — komm' ich mit Dir zusammen. Sei mir nicht böse. Wenn's geht.

Deine Gilgi.

Wenn Du bis zum großen Osterhausputz wieder gut bist und Vater nichts dagegen hat, komm' ich dann für vier Tage und helfe Dir."

„Moment, Martin, bin gleich wieder da." Sie stopft den Brief in die Tasche. Rennt auf die Straße. Kauft ein halbes Pfund Mandelsplitter — Frau Krons Lieblingskonfekt — und eine vernickelte Kaffeekanne — die alte Porzellankanne hat gestern einen Sprung bekommen. Sie läßt im Geschäft Kanne und Konfekt zusammenpacken, den Brief obenauf legen: ja, der Bote wird's im Laufe des Vormittags hinbringen.

Erleichtert und befriedigt ist sie eine Viertelstunde später wieder bei Martin. „Wenn ich was zu erledigen habe, muß ich's immer gleich tun. Aufschieben macht mich krank. — So — und jetzt wollen wir auspacken — "

Martin hat nachdenkliche Augen. „Gilgi", sagt er und legt ihr die Hände auf die Schultern. Sie sieht so unheimlich jung aus, die Kleine, und im Gegensatz zur sonstigen überbetonten Selbständigkeit beinahe hilflos. Wie kann seine unsichere Existenz ihr jetzt die Sicherheit des Elternhauses ersetzen? „Gilgichen, ich freue mich, wenn ich dich jetzt bei mir habe, aber — hast du nicht vielleicht eine Dummheit gemacht? Um meinetwillen darf's nicht sein, hörst du? Und wenn du willst, bring' ich die Sache bei dir zu Haus in Ordnung, ich fühle mich ja schließlich verantwortlich für dich."

Alles Weiche aus Gilgis Gesicht verschwindet, ihre Stimme klingt hart und hell: „Meine Sachen bring' ich allein in Ordnung, und wenn ich Dummheiten mache — dann auf meine eigenen Kosten. — Und eins sag' ich dir, Martin —" beinahe heftig schüttelt sie seine Hände ab — „ich dulde es nicht, daß man sich für mich verantwortlich fühlt, es ist die schlimmste Beleidigung, die man mir antun kann, ich..."

„Na, reg' dich nicht auf, mein kleiner Kanarienvogel." Vergnügt trägt Martin ihren Koffer ins Schlafzimmer, freut sich mit seiner ganzen gewohnten Unbekümmertheit, daß er einen netten unterhaltenden Mitbewohner bekommt. Langsam trottet Gilgi hinter ihm her:

„Ich bin noch sehr unschlüssig", meint sie und sucht vergeblich ihre zu kurze gerade Nase länger zu ziehen, „ich hatte überhaupt nicht vor — ich denke gar nicht dran, hier zu wohnen — schon wegen meiner Selbständigkeit — hab' da mein Zimmer —"

Rücksichtslos in ihre Worte hinein klappt Martin den Kofferdeckel auf: „Sieh mal, das schöne rote Abendkleid! Wie wird sich mein verkrunkeltes, häßliches Mäntelchen freuen, wenn das jetzt künftig neben ihm hängt —"

(Fortsetzung folgt.)

Der polnische Kohlenexport in Frage gestellt

England beherrscht die skandinavischen Märkte — Die Hälfte des Kohlenexportes eingebüßt — Der Innenabsatz geht zurück — Was soll mit der Kohlenproduktion werden? — Eine Verständigung mit England ist notwendig

Offiziell wurde festgestellt, daß der Kohlenabsatz im April, um 45 Prozent im Vergleich zum Monat März zurückgegangen ist. Weiter wird festgestellt, daß der Absatz auf dem Inlandsmarkte, um 30 Prozent zurückgegangen ist. Das sind Tatsachen, die nicht bestritten werden können, die noch dadurch bestätigt werden, daß 5 oberschlesische Verwaltungen den Arbeitsinspektor um die Genehmigung bestürmen, ihre Gruben schließen zu dürfen. Die anderen Gruben arbeiten monatlich 8 bis 12 Schichten und bauen die Belegschaften immer wieder vom neuen ab. Heute kann man schon mit Recht die bange Frage stellen.

„Was soll aus der Grubenindustrie werden? . . ."

Gewiß geht die Kohlenproduktion in diesen Monaten zurück, weil mit der Hausbrandkohle gespart wird. Aber bei uns spart man mit der Kohle nicht mehr, denn bei uns

flieht man von der Kohle.

Der Kohlenpreis ist noch von der Zeit her, als man die Marknoten für bestimmte Zwecke verwendete und das konnte man besonders in den Zügen sehen und zwar in jenen Stellen, die mit „00" bezeichnet sind. Bei einem Arbeiterlohn von 3 Zloty pro Tag, wobei sich der Arbeiter noch glücklich schätzen muß, daß er so „fürstlich" bezahlte Arbeit hat, ist der Kohlenpreis so bemessen, daß es völlig ausgeschlossen ist, daß ein Arbeiter mit Kohle heizen kann. Unter solchen Verhältnissen muß der Kohlenabsatz zurückgehen und er wird noch weiter zurückgehen. Doch wollen wir heute bei dem Kohlenexport verbleiben, denn ein solches Thema haben wir uns eben gewählt.

Der große Kohlenstreik in England 1926 hat uns eine Reihe neuer Kohlenabsatzgebiete im Auslande verschafft. Die polnische Kohle konnte sich hauptsächlich auf den skandinavischen Märkten festsetzen und die Engländer haben große Mühe gehabt, die oberschlesische Kohle von dort aus zu verdrängen. Das ist diesem Umstande zuzuschreiben, weil bei uns die

Arbeiterlöhne drei Mal niedriger sind als in England

und der polnische Bergarbeiter bedeutend mehr Kohle fördert als der englische.

Die Tagesproduktion auf den schlesischen Gruben beträgt durchschnittlich 1650, in England nur 1260 Kilogramm pro Mann.

Niedriger Lohn und große Arbeitsleistung erschwerte den Engländern sehr, die skandinavischen Märkte wieder zu erobern, die vor dem Streik die Engländer bereits beherrschten. Die Engländer konnten nur schrittweise vordrängen und erst in den letzten Monaten haben sie die polnische Kohle verdrängt.

1931 haben wir nach dem Auslande in dem Monat November für 30 Millionen Zloty Kohle verkauft, im Dezember des genannten Jahres, nur noch für 26 Millionen Zloty, im Januar 1932 haben wir für 22 Millionen Zloty Kohle verkauft. 1933 konnten wir im Januar noch für 15 Millionen Zloty Kohle im Auslande unterbringen, im März nur noch für 13 Millionen Zloty und im April lediglich für 10 Millionen Zloty. So hat sich der ausländiche Kohlenhandel gestaltet und zwar trotz des

8 prozentigen Lohnabbaues und der Schaffung des Exportfonds.

Im Vergleich zu 1931 haben wir

zwei Drittel des Kohlenexportes eingebüßt.

1931 hat Polen nach den skandinavischen Märkten noch 6 123 000 Tonnen Kohle ausgeführt, 1932 waren noch 5 046 000 Tonnen. In diesem Jahre werden nicht mehr 3 Millionen Tonnen ausgeführt, wenn man den jetzigen Export in Erwägung zieht.

England hat mit den skandinavischen Ländern

sehr günstige Handelsverträge

abgeschlossen. Die Engländer nehmen die Landproduktion dieser Länder ab und dafür beliefern sie diese Länder mit Industrieproduktion. Dänemark hat sich im Handelsvertrag verpflichtet,

80 Prozent des ganzen Kohlenbedarfs in England einzudecken,

Schweden 50 Prozent des Bedarfs und Norwegen 60 Prozent. Das ist Pflichtquantum, daß diese Länder abnehmen müssen, aber das schließt nicht aus, daß sie den

ganzen Kohlenbedarf in England eindecken können

und dafür bemühen sich die Engländer. Durch diese Handelsverträge haben wir sofort 1 800 000 Tonnen Kohlenabsatz in Skandinavien eingebüßt. Wir können im besten Falle jährlich in Skandinavien 3 204 000 Tonnen Kohle absetzen,

das ist die Hälfte von dem, was wir im Jahre 1931 abgesetzt haben.

Es ist aber völlig ausgeschlossen, das wir dieses Quantum in Skandinavien placieren werden, dafür werden die Engländer sorgen, die doch in der Lage sind, Kredite zu gewähren, weil sie auf den skandinavischen Märkten

Tauschgeschäfte

treiben. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, aus den skandinavischen Absatzmärkten gänzlich verdrängt zu werden.

Es braucht hier kaum besonders begründet zu werden, daß wir uns mit den größten Anstrengungen auf diesen Absatzmärkten halten und gewaltige Opfer bringen, um sie überhaupt nicht zu verlieren. Eine Zeitlang haben die Engländer Miene gemacht, mit unsren Industriebonzen in Verbindung zu treten und die

Absatzgebiete aufzuteilen.

Eine solche Verteilung hätte uns einen viel höheren Preis für die Kohle gebracht. Unsere Industriebonzen haben aber die englischen Vorschläge abgelehnt, denn sie waren überzeugt, daß sie die englische Konkurrenz doch noch aus dem Felde schlagen werden und in Skandinavien die Preise so diktieren werden, wie sie das bei uns machen. Sie haben sich gewaltig getäuscht und sie werden noch weitere Enttäuschungen erleben.

Doch ist der Weg gegenseitiger Vereinbarung immer noch offen. Allerdings ist unsere Position recht schwierig geworden und wir müßten uns mit wenig Absatz begnügen,

aber ein magerer Frieden wäre immer noch viel besser als der aufreibende Konkurrenzkampf,

der nicht die Engländer, aber uns umso sicherer ganz aufreiben dürfte. Wollen unsere Kohlengruben eine Verhandlung mit den Engländern nicht suchen,

so sollte das die Regierung in die Wege leiten.

Sie ist derjenige Faktor, der die Kosten des Kohlenexportes trägt und sie müßte auch die Absatzfrage regeln, so gut sich das eben machen läßt. Unsere Grubenarbeiterschaft liegt auf der Straße und eine weitere Reduktion der Grubenarbeiter, ist bei dem gewaltigen Rückgang der Kohlenproduktion, unvermeidlich. Wir gehen einer Katastrophe entgegen und da muß man alles versuchen um dem völligen Zusammenbruch der Grubenproduktion zu entrinnen. Unsere Industrielenker haben sich in jeder Hinsicht als unfähig erwiesen. Das sind ja Dilettanten schlimmster Güte und nachdem die Zukunft der Arbeiterschaft mit den Gruben verknüpft ist,

müßte die Regierung die eingebildeten und geistig beschränkten Kapitalisten von der Wirtschaftspolitik ganz ausschalten und die Geschicke selbst in die Hand nehmen.

Das Interesse der Nation steht doch über dem Profit einer handvoll unfähiger Interessentengruppe, die uns nichts als nur Lasten bietet und selbst die Industrie vernichtet.

Die letzten Belastungszeugen im Kotzias-Prozeß

Finanzbeamter Malewicz forderte 3 Tausend Zl — Geschenke für die 3 Steuerrevisoren

Das Verhör des Zeugen Wilczek wurde in der Donnerstagverhandlung der Prozeßsache Kotzias fortgesetzt. Wilczek mußte auf Befragen des Steuersachverständigen Dr. Zajonc zugeben, daß er bei Aufstellung der Bilanz für eine Firma einen größeren Betrag zum Schaden des Finanzamtes nicht verrechnete. Ueber den Vorfall ließ er nichts verlauten, um einmal eine zweite Revision zu vermeiden, dann aber auch, um angeblich dem Amt keine Arbeit zu machen.

Sehr wichtige Ausführungen machte dann Kaufmann Kaczka, der angab, daß die Geschäftsbücher seit 1928 von der Firma Kotzias gegen eine monatliche Entschädigung von 200 Zloty geführt wurden. Dem Büro wurden stets alle erforderlichen Belege zugestellt. Von einem bestimmten Zeitpunkt ab wurden bei Vornahme der Steuerrevisionen die Firmenbücher immer beanstandet, worüber Zeuge, bezw. dessen Ehefrau, stets unwillig waren und Kotzias Vorhaltungen machten, da scheinbar im dortigen Büro irgendwelche Fehler unterlaufen sein müssen. Eines Tages wurde Zeuge vor Beginn einer Revision von dem Finanzbeamten Malewicz telephonisch angefordert, der ihm erklärte:

„Geben Sie mir 3000 Zloty, dann werde ich schon dafür sorgen, daß die Revision günstig ausfällt!"

Auf dieses Ansinnen ging Zeuge Kaczka jedoch nicht ein. Freilich bekam er das bald zu spüren, da von ihm höhere Steuern gefordert, sofortige Zahlungsbefehle zugestellt und angeblich auch Pfändungen durchgeführt wurden. Obgleich Kaufmann Kaczka über die Unterredung mit dem Finanzbeamten Malewicz kein Wort verlauten ließ, war er sehr erstaunt, als ihm im Büro Kotzias von dem damals dort tätigen, inzwischen als Zeugen vernommenen Gorzelany die Frage gestellt wurde: „Da hat also Malewicz von Ihnen Geld gefordert!" Als Zeuge dem Kotzias die Vorhaltungen machte und darauf hinwies, daß er das Büro für die geleistete Buchungsarbeit doch reichlich entschädige, gleichwohl aber von ihm ein Betrag von 3000 Zl. als Extravergütung gefordert worden sei, wurde Kotzias sehr ungehalten, vermutlich deswegen, weil Zeuge seiner Entrüstung vor den dort anwesenden Personen laut Ausdruck gab. Kotzias forderte Kaczka auf, in das Nebenzimmer zu kommen, wo er ihm begütigend zuredete und erklärte, daß so etwas niemals mehr vorkommen dürfe.

Dann wurde der frühere Bürolehrling Lapsa gehört. Dieser Zeuge bestätigte, daß für die Finanzbeamten

Zejer, Pietruszka und Malewicz zu den Osterfeiertagen Geschenke bereitgestellt

wurden, die abgetragen oder aber auch von den Beamten abgeholt worden sind. An den Tagen, an welchen Revisionen durchgeführt worden sind, wurden aus dem Restaurant stets belegte Brötchen sowie Getränke geholt.

Die drei nachfolgenden Zeugen gaben Aufklärung über die beanstandeten Kassenzettel der Firma Szleifmann. Es wurde vor Gericht in glaubwürdiger Weise nachgewiesen, daß die Abänderung der Verkaufspreise aus dem Grunde erfolgte, weil die Kundschaft noch im letzten Moment, und zwar kurz vor der Einzahlung des Betrages an der Kasse einige Zloty an der Ware abhandelte.

Den anwesenden Steuer-Sachverständigen legte der Richter dann nahe, ihre Gutachten schriftlich niederzulegen und am heutigen Freitag, spätestens bis 5 Uhr nachmittags, dem Gericht zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlung wurde daraufhin abgebrochen. Am heutigen Tage erfolgt die Vernehmung verschiedener Entlastungszeugen, welche auf Antrag der Verteidigung vorgeladen worden sind. y.

Polnisch-Schlesien

Warschauer Obdachlose im Kampfe mit den Bauern

Die Zahl der Obdachlosen in Warschau ist nicht klein. Dabei gibt es arbeitslose Obdachlose, und auch solche, die immer noch eine kleine Existenzmöglichkeit haben. Die arbeitslosen Obdachlosen hat der Warschauer Magistrat in den Holzbaracken in dem Vorort Annopol untergebracht. Es ist das eine große Barackenkolonie, die von vielen tausenden Arbeitern bewohnt wird. In diesen Wohnbaracken spielen sich Dinge ab, von welchen ein normal situierter Mensch keinen Begriff haben kann. Es ist dies eine Stadt des Elends und der Hoffnungslosigkeit, eine Stadt der Hungernden. Kein Wunder, daß dort Schlägereien, Prostitution, Diebstähle und alles Mögliche auf der Tagesordnung sind. Die Polizei hat die Hände voll zu tun, aber sie kann nicht immer bei der Hand sein, denn sie hat noch andere Aufgaben zu erfüllen. Schuld an diesem Massenelend ist das kapitalistische Wirtschaftssystem, das auf dem Profit aufgebaut ist. Natürlich darf man nicht alle Menchen, die arm geworden sind, gleich behandeln, aber es ist verfehlt, wenn man so viel Elend zusammenwirft, denn die edlen Menschen, die dem Elend verfallen sind, kommen auch bald unter die Räder.

Der Hunger zwingt die Menschen, Nahrungsmittel zu suchen. Hier helfen selbst die besten Vorsätze nichts, denn der Hunger tut bekanntlich weh. Stehlen kann man dort hingehen, wo noch ewas zu stehlen ist, und wo die Gefahr nicht so groß ist. Bei dem Reichen ist die Gefahr groß, denn er hat Schußwaffen, Hunde und Knechte, die ihm treu ergeben sind. Der Bauer verfügt selten über diese Mittel und kann sich auch schwer zur Wehr setzen, besonders, wenn die Zahl der Diebe groß ist. Die Bauern in der Umgebung beklagen sich bitter, daß sie keine Ruhe haben, denn man stiehlt bei ihnen fortwährend. Sie halten zwar in der Nacht ab und zu Wachen, aber das hilft nicht viel, weil manchmal viele Nachtgäste erscheinen und dann müssen die Bauern vor der Uebermacht weichen.

Der Bauer Siegfried Klan in Bialilenki hielt am vergangenen Dienstag in der Nacht Wache. Er bemerkte einen nächtlichen Besuch in der Nähe seiner Behausung. Er ging auch zu Werke und erkannte in dem Dieb den Arbeitslosen Starczewski, der sich an seine Besitzung heranmachte, um etwas zu stehlen. Wie sich dann später herausstellte, wollte der Arbeiter Holz stehlen, so gab er bei der Vernehmung wenigstens an. Der Bauer, der nur eine Person sah, schöpfte Mut und es gelang ihn, den armen Dieb zu vertreiben. Starczewski war aber ein rachsüchtiger Mensch und wollte sich an dem Bauern rächen, der ihn bei der Arbeit überrascht und vertrieben hat. Er lief nach Annopol, und da er dort viel Einfluß unter den Arbeitslosen hatte, stellte er eine „Armee" zusammen, die mit ihm an dem Bauer Klan Rache nehmen sollte. Nach dem Polizeibericht rückten mehr als tausend Arbeitslose, bewaffnet mit Knüppeln und Steinen, aus und schworen, alle Bauern in Bialilenki zu verprügeln. So zog die große „Armee" gegen den Feind aus und es ging im Eiltempo nach Bialilenki.

Es mußte aber die Bauern jemand benachrichtigt haben, daß gegen das Dorf eine große Armee der Arbeitslosen zieht, und der Führer Starczewski sei. Die Bauern schlugen Alarm und bald versammelten sie sich vor dem Gemeindehause, bewaffnet mit Dreschflegel, Stangen und Flinten. Jeder Bauer griff nach einer solchen Waffe, die ihm als geeignet erschien und sich im Kampfe gut bewehren konnte. Die Flinten waren allerdings ein wenig verrostet, aber sie sind um so gefährlicher in einem solchen Zustand, weil sie Blutvergiftung leicht verursachen können.

Als die Bauern noch beratschlagten, wo sie sich am besten gegen den Ueberfall zur Wehr setzen können, zogen die ersten Reihen der Arbeitslosen bereits ins Dorf ein. Sofort entwickelte sich eine regelrechte Schlacht, die mehrere Opfer erforderte, wenigstens an Verwundeten. Der Führer der Arbeitslosen, Starczewski, erhielt eine Schußwunde und sank zur Erde. Glücklicherweise erschien die Polizei in der letzten Minute und griff sofort in den Kampf ein. Mit großer Mühe gelang es der kleinen Polizeiabteilung die kämpfenden Parteien auseinanderzutreiben und die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Eine Reihe von Verhaftungen wurden durchgeführt, besonders der Anführer und etliche Personen mußten ins Lazarett eingeliefert werden. So hat der unglückliche Kampf zwischen Arbeitslosen und Bauern geendet. Leider wurden hier die Schuldigen nicht in Mitleidenschaft gezogen, denn die sitzen in den Industriekonzernen und stecken die Riesengehälter und Tantiemen ein.

Die Lohnstreitfragen in den Erzgruben dem Schlichtungsausschuß überwiesen

Die Kapitalisten haben bekanntlich auch auf die Löhne der Arbeiter in den Erzgruben einen Anschlag versucht. Sie haben den alten Lohntarif gekündigt und einen Lohnabbau in Höhe von 12 Prozent vorgeschlagen. Die Arbeitergewerkschaften haben natürlich den Lohnraub abgelehnt. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde die Lohnstreitfrage dem Schlichtungsausschuß überwiesen. Am kommenden Montag findet im Wojewodschaftsgebäude eine Sitzung des Schlichtungsausschusses statt und wird in der Lohnstreitfrage einen Schiedsspruch fällen.

Rückkehr von Ferienkindern aus Goczalkowitz und Rabka

Das „Rote Kreuz" in Kattowitz teilt mit, daß am Montag, den 12. Juni, Kinder aus Welnowiec, Scharley und Tarnowitz aus der Erholungsstätte Goczalkowitz zurückkehren. Ankunft in Kattowitz um 15,24 Uhr, Bahnsteig 2. Klasse. — Am Mittwoch, den 14. d. Mts kommen Kinder aus Welnowiec, Godulla, Rybnik, Tarnowitz, Chorzow, Knurow, Lublinitz, Kochlowitz, Bielschowitz, Tichau und Emanuelssegen zurück, die zwecks mehrwöchentlichem Aufenthalt in Rabka verweilten. Der Ferienzug trifft um 17,50 Uhr in Kattowitz ein. Die Eltern, bezw. Erziehungsberechtigten, werden ersucht, die Kinder pünktlich abzuholen. y.

Bluttat mit politischem Hintergrund

Der Polizistenmord von Nowa-Wies — Ist Nowak Kommunist? — Simulant oder Geisteskranker
Urteil: 5 Jahre Gefängnis

Unter großem Andrang der Zuhörer gelangte am gestrigen Donnerstag vor dem Landgericht Kattowitz der Totschlagsprozeß gegen den Kommunisten Stanislaw Nowak aus Nowa-Wies zum Austrag, der in der Nacht zum 1. Mai 1932 kurz vor 12 Uhr nachts, den Polizeiwachtmeister Josef Gajda mit einem Militärkarabiner erschoß. Diese Affäre erregte s. Zt. ungeheures Aufsehen, handelte es sich doch um eine schwere Bluttat aus politischen Motiven. Mitangeklagt waren neben Nowak wegen Begünstigung zur Flucht sowie unbefugtem Waffenbesitz 7 weitere Personen, darunter Albert Rajda welcher dem Nowak den Karabiner zugestellt hatte. Das Verfahren wurde auf Grund des Amnestiegesetzes gegen sechs Mitangeklagte eingestellt, so daß auf der Anklagebank nur der Haupttäter Nowak und Rajda Platz nahmen. Den Vorsitz bei diesem Prozeß führte Gerichts-Vizepräses Dr. Arct, unter Assistenz der Landrichter Dr. Borodzic und Dr. Glowacki. Die Anklage vertrat Unterstaatsanwalt Dr. Kulej. Die Verteidigung übernahm Advokat Fr. Tomaszewski.

Stanislaw Nowak befand sich seit bereits 13 Monaten in Untersuchungshaft. Er trug vom Tage der erfolgten Festnahme an ein gedrücktes Wesen zur Schau und

galt als raffinierter Simulant.

Naher wurde er für längere Zeit nach den Anstalten für Geisteskranke in Rybnik und Lublinitz überwiesen und dort eingehend auf seinen Geisteszustand untersucht und später sogar nach Krakau zwecks Beobachtung durch den bekannten Psychiater, Professor Dr. Wachholz, überwiesen. Nach dem Gutachten der Rybniker Aerzte gilt Nowak als geistig minderwertiger Mensch. Das zweite Gutachten der Anstalt in Lublinitz besagt, daß Nowak als degenerierter Mensch anzusehen ist. Professor Dr. Wachholz bezeichnet den Nowak als einen Menschen, der gewisse, seelische Defekte aufweist, aber doch für die Tat verantwortlich gemacht werden könne. Nach Verbüßung seiner Freiheitsstrafe würde sich die Unterbringung in einer Anstalt für Geisteskranke empfehlen, da Nowak ein gewalttätiger Mensch und daher gemeingefährlich ist.

Während der Verhandlung

verhielt sich Nowak völlig apathisch.

Wiederholt mußte ihn der Vorsitzende beim Namen rufen, ehe der Angeklagte sich dazu bequemte, sich zu erheben. Er ließ dann meist alle Fragen stieren Blicks über sich ergehen, ohne etwas zu sagen. In vereinzelten Fällen tat er schließlich doch irgendeine meist sinnlose Aeußerung. Einem Zeugen der ihn belastete, rief er zu, daß Zeuge selbst die Bluttat begangen habe. Auf näheres Befragen des Richters bemerkte Nowak dann, daß Zeuge ihn der schweren Tat beschuldige und er, der Angeklagte daher das Gleiche tue. Zeitweise

kaute Nowak mit vollen Backen Brot, ohne sich auch nur im geringsten um die Vorgänge im Gerichtssaal zu interessieren.

Aus den polizeilichen Erhebungen, sowie der Vernehmung der Zeugen, war nachstehendes festzustellen:

Nowak sollte auf Vorschlag eines Anderen mit mehreren Gesinnungsgenossen in den Abendstunden des 30. April 1932 eine rote Fahne an einem Schornstein befestigen. Er erhielt den Auftrag, einen Karabiner, den er im Stalle unter einer Schicht Heu versteckt hatte, hervorzuholen und nahe der Stelle, wo sich die Bluttat später ereignete, auf die anderen Leute zu warten. Der Zufall wollte es, daß die Zeugin Gertrud Franke, die ihrem von der Abendschicht heimkehrenden Ehemann entgegenging,

unerwartet auf den, in einer Mauernische lauernden Stanislaus Nowak stieß.

Die Frau war tief erschrocken, umsomehr, als sie Nowak als gewalttätigen Menschen kannte. Sie bat den Nowak ihr und dem Ehemann, welchen sie erwartete, nichts zu tun. Darauf entgegnete Nowak, daß sie nichts zu befürchten habe, da sie keine Kapitalistin wäre. Später aber schrie Nowak ihr noch zu, ihn ja nicht zu verraten.

Wie es sich dann später zeigte, erfolgte diese Begegnung kurz vor der Mordtat, denn schon kurze Zeit danach, wurde

der Polizeiwachtmeister Josef Gajda unter einem blühenden Straßenbäumchen lang ausgestreckt, tot aufgefunden.

Bei Vernehmung einzelner Zeugen befremdete der Umstand, daß diese Leute an der Leiche des ermordeten Beamten interesselos vorübergingen, ohne sich überhaupt davon zu überzeugen, ob dem Polizeibeamten nicht auf irgendeine Weise zu helfen sei.

Nach der Tat verweilte Nowak in den Wohnungen seiner Vertrauten, die ihm einen Unterschlupf gewährten und so den Fahndungsdienst der Polizei erschwerten. Der Polizei wurde mitgeteilt, daß einige kommunistische Parteigenossen den Nowak über die polnisch-deutsche Grenze bringen wollten, um ihm auf diese Weise

zur Flucht nach Sowjetrußland

zu verhelfen. Die Polizei griff rasch ein und nahm die mutmaßlichen Mithelfer fest. Allerdings war der Polizei nichts darüber bekannt, ob nicht noch andere Personen daran waren, den noch immer flüchtigen Nowak über die Grenze zu bringen.

In den frühen Morgenstunden des 5. Mai 1932 wurde Stanislaus Nowak auf dem Bodenraum des Hauses ul. Konty 28 von der Polizei aufgestöbert. Nowak war auf der Hut,

verrammelte die Bodentür und schob den Lauf des Karabiners durch eine Luke.

Ein Kriminalbeamter feuerte einen Warnungsschuß ab, worauf die anderen Beamten Deckung suchten. Anfangs wurde geplant, einen Polizeihund die Leiter hinaufklettern zu lassen, der durch eine andere Lucke in den Bodenraum eindringen, Nowak anspringen und wenn möglich für einige Zeit kampfunfähig zu machen. Vorher jedoch erging an Nowak die Aufforderung, die Schußwaffe fortzuschleudern und sich widerstandslos zu ergeben. Nowak reagierte auf diese Aufforderung und ließ sich festnehmen.

Wie aus den Zeugenaussagen dann noch hervorging, bezeichnete sich Nowak in den Kreisen seiner Vertrauten als der Mörder des getöteten Polizeiwachtmeisters Gajda. Er soll sogar behauptet haben, daß er eigentlich nicht den Gajda, sondern Polizeiwachtmeister Buchallik hatte töten wollen, den er schon seit langem haßte.

Dem Gericht wurde auch ein

Aufruf der Kommunistischen Zentrale

vorgelegt, in welchem u. a. auch von dem Genossen Stanislaw Nowak aus Nowa-Wies die Rede ist. In dem Aufruf wird gesagt, **daß Genosse Nowak den Polizeiwachtmeister Gajda erschossen hätte und er nun von den Faschisten auf dem schlesischen Terrain dem Tode überliefert werden sollte. An die weiteren kommunistischen Genossen erfolgte der Appell, den Nowak vor dem sicheren Galgentod zu retten.**

Auf Antrag des Staatsanwalts erfolgte im weiteren Verlauf der Verhandlung die Festnahme des Zeugen Jan Dawid, welcher sämtliche belastenden Aussagen, die er bei dem polizeilichen Verhör machte, widerrufen hat und behauptete, daß er von zwei Kriminalbeamten in häßlichster Weise beschimpft und schwer mißhandelt worden ist. Die Kriminalbeamten erklärten vor Gericht mit großer Bestimmtheit, daß der Zeuge völlig unwahre Dinge behaupte.

Der Staatsanwalt beantragte dann nach Schluß der Beweisaufnahme wegen Totschlags eine Gefängnisstrafe von zehn Jahren.

Das Urteil

lautete unter Zugrundelegung der Gutachten der Psychiater **auf eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren, bei Absprechung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Zeitdauer von fünf Jahren.** Der mitangeklagte Albert Rajda erhielt 2 Monate Gefängnis.

Beim Abtransport nach der Gefängniszelle ereignete sich im Gerichtskorridor dann noch ein Zwischenfall. **Ganz plötzlich trat nämlich eine Frauensperson an den verurteilten Nowak heran und versetzte ihm einen Schlag ins Gesicht.** Es soll sich um eine Tochter des getöteten Polizeiwachtmeisters handeln. y.

Das dritte Opfer der Grubenkatastrophe auf Saturn geborgen

Gestern vormittags hat die Rettungskolonne die Aufräumungsarbeiten so weit gebracht, daß der dritte verunglückte Arbeiter geborgen werden konnte. Natürlich konnte der dritte verunglückte Arbeiter nur noch als Leiche geborgen werden. Somit sind alle drei zugeschütteten Arbeiter tot.

Ein Geschütz im Chausseegraben

Auf der Landstraße bei Keszczow im Kreise Rybnik ereignete sich gestern ein Unglücksfall. Von der Richtung aus Sohrau kam eine Feldbatterie des 23. Artillerieregiments von der Uebung. Es entstand ein Gedränge als ein Lastauto ein Fuhrwerk überholen wollte. Die Pferde, die ein Geschütz schleppten sind plötzlich scheu geworden und sprangen zur Seite. Ein Geschütz wurde in den Chausseegraben geschleudert, wobei die Deichsel brach. Vier Artilleristen erlitten leichtere Verletzungen. Der Chauffeur des Lastautos wurde wegen vorschriftswidriger Fahrt angehalten und wird zur Verantwortung gezogen.

Grenzbeamte wegen schwerer Körperverletzung zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt

Vor der Strafkammer in Königshütte hatten sich am Donnerstag die Grenzbeamten Hubert Rekowski und Michael Brylka aus Hohenlinde wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Am 24. November v. Js., wurde der Viktor Mosch aus derselben Gemeinde von ihnen gestellt, als er die grüne Grenze überschreiten wollte. B., der vor längerer Zeit wegen einem Mädchen mit M. eine Auseinandersetzung hatte, nutzte diese Gelegenheit zur Rache aus, wobei ihm R. behilflich war. Anstatt auf das Zollamt, schafften die beiden den M. in das Stationshäuschen der Eisenbahn unweit der Hohenlinder Grenze. Der dort tätige Beamte verließ für einige Zeit das Häuschen. In dieser Zeit bearbeiteten beide den M. mit Gummiknüppeln bis zur Bewußtlosigkeit. Erst als M. ins Krankenhaus eingeliefert wurde, erlangte er nach mehreren Stunden das Bewußtsein wieder. Mehrere Wochen mußte er im Krankenhaus infolge der Mißhandlung verbringen. In der gestrigen Verhandlungen bekannten sich die beiden Angeklagten nicht zur Schuld. R. gab an, von M. zuerst geschlagen worden sein und habe sich daraufhin mit dem Gummiknüppel gewehrt. Durch die Zeugenaussagen wurden beide Angeklagte restlos überführt. Mehrere Personen haben durch das Fenster gesehen, wie M. bearbeitet und dann bewußtlos fortgeschafft wurde. Auch der Eisenbahner Lesch sah beim Betreten des Wärterhäuschens den M. weinen und wie betrunken sich bewegen. Dieselben Aussagen machte auch der Mißhandelte. Sofort nach Betreten des Wärterhäuschens habe man auf ihn eingeschlagen. Was weiter mit ihm geschehen ist, weiß er nicht mehr, weil er während der Züchtigung das Bewußtsein verloren hat. Der als Sachverständige geladene Dr. Strumienski erklärte, daß M. bewußtlos und mit Hiebwunden in das Krankenhaus eingeliefert wurde. Etwaige Folgen werden die Mißhandlungen nicht haben. Nachdem Staatsanwalt Dr. Rolecki für strenge Bestrafung plädierte, verurteilte das Gericht die Angeklagten zu je 10 Monaten Gefängnis. k.

Kattowitz und Umgebung

Sonntagsdienst der Kassenärzte. Von Sonnabend, den 10. Juni, nachmittags 2 Uhr, bis Sonntag, den 11. Juni, nachts 12 Uhr, versehen folgende Kassenärzte den Dienst: Dr. Tomiak, Gliwicka 9, Dr. Zang, Wita Stwosza 3.

Auf einem Bodenraum tot aufgefunden. Die 66 jährige Marie Szlatau, ohne ständigen Wohnsitz, wurde auf dem Bodenraum des Hauses ulica Moniuszki 4, in Kattowitz, tot aufgefunden. Die Tote wurde in die Leichenhalle des städtischen Spitals in Kattowitz überführt. Die Feststellungen haben gezeigt, daß die Frau eines natürlichen Todes gestorben ist. z.

Nächtlicher Einbruch. Zur Nachtzeit wurde in die Büroräume der Versicherungsanstalt „Port" auf der ulica sw. Jana in Kattowitz, ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort einen photographischen Apparat Marke „Zeis", eine lederne Tasche, sowie andere Sachen. Der Gesamtschaden wird auf 300 Zloty beziffert. z.

Königshütte und Umgebung

Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Am 19. Februar fand in Hohenlinde ein Tanzvergnügen statt, daß aber wegen ausgebrochenen Streitigkeiten abgebrochen werden mußte. Der einschreitenden Polizei wurde erklärt, daß ein gewisser Anton Machnik der Urheber dazu war. Als man ihn nach der Wache bringen wollte, leistete er heftigen Widerstand, indem er mit Stühlen und Biergläsern gegen den Beamten vorging. Dafür hatte er sich am Donnerstag vor dem Königshütter Gericht zu verantworten. Zu seiner Entschuldigung gab er an, vollkommen betrunken gewesen zu sein und nicht wußte, was er gemacht hat. Nach kurzer Beratung wurde der Angeklagte zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. t

Festnahme des Drohbriefschreibers. Dieser Tage erhielten einige Personen in der Stadt Briese, wo sie aufgefordert wurden, an einer bestimmten Stelle ansehnliche Geldsummen zu hinterlegen. Den Bemühungen der Polizei gelang, den anonymen Drohbriefschreiber in der Person des Karl Nyga aus Alt-Berun festzunehmen. Bei der Leibesvisitation wurden drei weitere Drohbriefe vorgefunden und die demnächst an den Mann gebracht werden sollten. k.

Dummejungenstreiche. Die Hüttenverwaltung brachte bei der Polizei zur Anzeige, daß seit längerer Zeit Unbekannte an der, von der Hütte nach der Ziegelei führenden, Seilbahn größeren Schaden anrichten und der schon an die 2000 Zloty beträgt. Die hängenden Wagen wurden aus den Seilen geworfen und durch den Absturz in die Tiefe beschädigt. Die Ermittelungen der Polizei führten zur Festnahme der Täter. Es sind dies die halbwüchsigen Burschen Helmut Osiecki von der ul. Lukaszczyka 29, Erich Rudski, ul. Pudlerska und Kazimierz Turanski, ul. Pudlerska 18. k.

Teuer bezahlter Urlaub. Der wohnungslose Franz Spojda wurde von der Polizei aufgegriffen und auf Grund einer festgestellten Krankheit in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Während den Pfingstfeiertagen nahm er „polnischen Urlaub" über die Mauer des Krankenhauses und begab sich in die Stadt. Beim Zechen mit einem Bekannten, machte er gegen Marschall Pilsudski beleidigende Aeußerungen und wurde festgenommen. Auf dem Verwaltungswege bestrafte ihn die Polizeidirektion dafür zu 200 Zloty Geldstrafe oder 40 Tagen Haft. k.

Siemianowitz

Es stimmt nicht ganz. Nach polizeilicher Feststellung handelte es sich bei dem am vergangenen Wochenmarkt festgenommenen alten Mann, nicht um das Vertreiben von Falschgeld, sondern um aus dem Verkehr gezogene alte Zwanzigzlotyscheine. Zum Glück hat der Betreffende noch die Möglichkeit, sein Geld in den staatlichen Banken gegen neues einzuwechseln. o.

Gefleddert. Am Sonntag wurden dem Schneider A. Jagiello aus Bittkow, während er am Friedhof auf der Gleiwitzerstraße in Kattowitz ein Schläflein machte, seine Papiere sowie ein Barbetrag von über 3 Zloty gestohlen. o.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Genossin Haniok verstorben.

Seit vielen Monaten lag Genossin Luzie Haniok aus Bismarckhütte an einer schweren Krankheit darnieder. In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch nun ist die Leidende von ihren Qualen erlöst worden. Genossin Haniok stand im 36. Lebensjahre. Sie hinterläßt zwei unmündige Kinder und einen tieftrauernden, zu allem Kummer noch, arbeitslosen Gatten. Die „Arbeiterwohlfahrt", deren Mitglied die Verstorbene bis zum letzten Augenblick gewesen ist, wird ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. Juni, um 8,15 Uhr früh, vom Trauerhaus, ul. Piastowska 16, Bismarckhütte, aus, statt. Alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, auch die Jugend, sind verpflichtet, der Toten die letzte Ehre zu erweisen.

Pleß und Umgebung

Kündigung der gesamten Belegschaft der Bradegrube.

Gestern gab die Verwaltung durch Aushang bekannt, daß die gesamte Belegschaft der Bradegrube bis zum 26. Juni die Kündigung erhält und zwar, laut Verordnung des Ministers für Arbeit und soziale Fürsorge vom 14. 7. 24, Dz. Ust. Nr. 65, Pos. 642, (Stillegung), laut Paragr. 96, Abs. 2, Nr. 2. Diese Kündigung ist umso merkwürdiger, als doch der Demo seiner Zeit die Entscheidung gefällt hat, daß vor 2 Monaten auf Bradegrube nichts geschehen darf. Damit ist hoffentlich auch das letzte Wort noch nicht gesprochen, denn der Betriebsrat hat sofort Schritte unternommen, um der Arbeiterschaft zu ihrem Recht zu verhelfen.

Roter Sport

Morgen nachmittag spielt eine Kattowitzer Städtemannschaft. A. S. V. Mikultschütz — Stadt Kattowitz.

Den deutschoberschlesischen Fußballern, sowie den Arbeitersportlern überhaupt, ist ja bekanntlich die Tätigkeit nach dem Gleichschaltungsparagraphen unterbunden worden. Umsomehr müssen wir uns bemühen, den Genossen aus dem nachbarlichen Grenzland Spielmöglichkeiten bei uns zu geben. Diesem Ansuchen ist die Fußballsparte zunächst einmal dahingehend nachgekommen, daß sie eine der besten drübigen Mannschaften zu einem Freundschaftsspiel nach Kattowitz eingeladen hat, wo ihnen eine Städtemannschaft, bestehend aus den Vereinen 1. R. K. S., Jednosc, Wolnosc und Przyszlosc, sämtliche aus Groß-Kattowitz, vorgesetzt wird. Bei diesem Spiel wird es sich beweisen, ob in der Mannschaft für das am 15. Juni (Fronleichnam) in Karwin, (Czechoslowakei) stattfindende Repräsentativspiel unseres Städteamtes gegen eine dortige Auswahlmannschaft noch Aenderungen vorgenommen werden müssen. Aus diesem Grunde ist dem morgigen Treffen erhöhte Bedeutung beizumessen. Austragungsort ist der Pogonplatz, Zeit ½6 Uhr, Kattowitz, tritt in folgender Besetzung an:

Slowik, 1. R. K. S. Kat.

Riesner, 1. R. K. S. Kat. — Labus, Jednosc Zal.

Rubin, Wolnosc Zal.-H. — Dziallek, Jednosc Zal. — Hammer, 1. R.K.S. Katt.

Roszer, Wolnosc — Grzebellus, Przyszlosc — Sarnowski, Grotkowski, Gruschke alle drei Jednosc Zalenze.

Die Kleidung stellt der 1. R. K. S. Kattowitz, Schuhe haben die Spieler mitzubringen. Am Abend findet eine kleine schlichte Feier im Heim des 1. R. K. S. auf der ulica Kosciuszki statt.

Heute abend Technischer Ausschuß — Handball!

Die Mitglieder dieses Ausschusses werden ersucht, pünktlich um 6 Uhr sich im Zentralhotel einzufinden. Tagesordnung sehr wichtig!

Bielitz und Umgebung

Schilderschmierer und Ehrenschinder.

Sehr empört taten die Wiesnerleut' wegen der Schilderschmiererei und -stürmerei. Mit Recht. Nur, daß sie die Kehrseite dieser Medaille nicht sehen wollten. Sie sahen den Splitter im Auge der anderen, nicht den Balken im eigenen Auge. Selbst züchten sie Roheit, beispiellose Roheit. Sie predigen Gewalt und entrüsten sich über das Einhauen und Schmieren von Schildern. Durch ihre faschistische Moral, die sie in jedem Blatte predigen, rechtfertigen sie eigentlich jeden Gewaltakt, der gegenüber der deutschen Minderheit in unserer Sprachinsel in Hinkunft verübt werden sollte.

Es merke sich jeder deutsche Mann: Wenn in Zukunft Terrorakte an der deutschen Minderheit verübt werden, sie erfolgen nach dem Rezept der Minderheitsfaschisten heimischer Zucht. Schilderschmiererei — brüllen die Wiesnerleut' — ein Verbrechen. — Wie ist es aber, wenn dieselben Schreihälse sich an die Ehre der Gegner herantun und diese besudeln?

Vergangene Woche verbreiteten in Bielitz deutsch-faschistische Jünger ein Flugblatt, in welchem die Ehre unserer Führer besudelt wird. Tapfer sind diese Faschisten heimischer Zucht, wie alle Faschisten überhaupt. Wenn sie 10 Mann gegen einen stehen, wenn sie obendrein bewaffnet sind und der Gegner wehrlos, da sind sie tapfer, da ist es leicht den Helden zu spielen. Allein ein solches Heldentum schändet den Namensträger. Wer seine Uebermacht, gestützt auf der Zahl und auf Waffen, gegen Wehrlose ausnützt, ist in der Tatsache ein Unmensch. Unsere heimischen Faschisten werden noch lange warten müssen, bis sie eine Uebermacht erlangen werden. Auch wenn sie ganz die „demokratische" Deutsche Partei aufsaugen oder aufreiben sollten, eine zahlenmäßige Uebermacht werden sie nie erreichen. —

Umso fügiger zeigen sie sich in ihren Taten.

Sie haben nicht einmal den Mut Stirn gegen Stirn den politischen Kampf aufzunehmen. Sie haben nicht einmal den Mut aufgebracht, der das Bekenntnis zum eigenen Programm beweisen würde. Deshalb ist deren Kampfesweise eine niederträchtig feige. Ihr Kampfesmittel ist das anonyme Flugblatt, verbreitet in Nebel und Nacht.

Ganz ener faschistischen Moral würdig.

Vermißt. Am 7. d. Mts. verließ der 20jährige Richard Lorek, wohnhaft in Matzdorf 109, die Wohnung und ist bis heute noch nicht zurückgekehrt. Er hinterließ in der Wohnung ein Schreiben, worin er mitteilt, daß er Selbstmord begehen und daher nicht mehr zurückkehren werde.

Kindweglegung. Am 7. d Mts. wurde um 11 Uhr vormittags im Wäldchen des Besitzers Mandrok aus Batzdorf im Gestrüpp in einem Wickelbett ein drei bis vier Monate altes Kind, männlichen Geschlechtes gefunden. Das Kind hat blaue Augen und war in ein schlechtes Bett eingewickelt, was auf ärmliche Verhältnisse der Kindesmutter schließen läßt. Das Kind wurde durch die Gemeinde in Pflege gegeben.

Einbruchsdiebstahl. Am 7. d. Mts. drangen unbekannte Täter in das Stadttheater ein und gelangten mittelst Nachschlüssel in das Büfett, aus welchem sie verschiedene Zuckerwaren und Erfrischungen im Werte von 135 Zloty stahlen. Den Schaden erleidet Herr Eugen Frankel.

Besichtigung der Bezirksschulausstellung. Am Freitag, um 7 Uhr abends, findet eine gemeinsame Besichtigung der Bezirksschulausstellung auf der Schießstätte unter Führung des Gen. Fachlehrer Müller statt. Wir laden die am neuzeitlichen Betriebe unserer Schulen interessierten Mitglieder der Parteiorganisationen ein, sich zahlreich zur festgesetzten Stunde im Schießhausparke vor dem Ausstellungslokal einzufinden. Eintritt: freie Spenden, Arbeitslose frei.

Wieder ein Bild unserer Zeiten Schande! Da wollen die Hakenkreuzler noch die jungen Leute mit hohen Steuern in die Ehe zwingen, damit nur ja viele Kinder in die Welt gesetzt werden, die niemand erhalten kann. Ja, ja! Die Faschisten brauchen Kanonenfutter!

Der Feiertag des Meeres und die Seeleute

Unter dieser Ueberschrift bringt der Sekretär der Zentralgewerkschaftskommission in Warschau, Abgeordneter Gen. Zulawski, über den am 29. Juni stattzufindenden Feiertag des Meeres, der mit großem Tamtam in ganz Polen gefeiert werden soll, im Krakauer „Naprzod" folgende Betrachtungen:

Am 29. Juni 1933 arrangiert die Meeresliga die Feier des Meeresfeiertages. Diese patriotische Feier findet zwar bei weiten Kreisen in Polen vollstes Verständnis. Aber auch die Amateure haben die Pflicht, die nötigen Vorbereitungen zur würdigen Feier dieses Meerestages zu treffen.

Wie schaut aber diese Vorbereitung in Wirklichkeit aus? Es hat sich wohl noch niemals so viel Unzufriedenheit in den Reihen der Marinesoldaten und Offizieren der polnischen Handelsmarine angesammelt, wie gerade heute, kurz vor der Feier des Meerestages. Unter den Marinesoldaten herrscht die größte Erbitterung, weil die leitenden Stellen die Vereinbarungen tagtäglich brechen, welche durch eine gemeinsame Schiedskommission festgelegt wurden. Ueber die Meinung in Offizierskreisen zeugt am besten ein von ihnen herausgegebenes Flugblatt, in welchem über den absterbenden Schiffsverkehr, Stillegung der Schiffe und Mißachtung der Berufsinteressen berichtet wird.

Die Offiziere der polnischen Handelsmarine sind unzweifelhaft geistige Arbeiter, wovon am besten das Dekret des Staats-Präsidenten über die Versicherung der geistig Tätigen zeugt. Diese Offiziere können die Vorteile dieser Versicherung, wie Urlaub, Kündigungsfrist usw. wie ihre Kollegen am Land nicht ausnützen. Der Vertrag, welcher derzeit ihre Bezüge und Dienstverhältnisse geregelt hat, wurde durch die maßgebenden Stellen in den Papierkorb geworfen. An dessen Stelle erschien eine „Kundmachung" von der Regierung mit dem Datum vom 28. April 1933, welche die Rechte der Offiziere wahrnehmen soll. Diese Kundmachung stützt sich auf den Paragraph 2, Art. 22 der Verordnung des Ministerrates vom 1. Dezember 1921, welche dem Handelsminister das Recht zur Herausgabe von Verordnungen einräumt, die sich lediglich auf den Schutz der Sägearbeiter und die Aufsicht über die Dienstverhältnisse beschränkt. In dem Wort „Schutz der Arbeit" liegt der Schutz vor Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, liegt die Aufstellung einer Grenze, über welche eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse nicht erfolgen darf. Ein jedes Arbeitsschutzgesetz stabilisiert die niedrigste Grenze der Urlaube, die niedrigste Lohngrenze, die Höchstgrenze der Arbeitszeit usw. Diesen Bedingungen entspricht die „Kundmachung" des Ministers keineswegs. Sie besitzt nicht die Eigenschaft, die man von einem Arbeitsschutzgesetz verlangen könnte.

Diese ministerielle Kundmachung stabilisiert die Arbeitsbedingungen so ausdrucksvoll, daß nach dem Wortlaut derselben, ein Arbeitsvertrag nicht imstande ist bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. In kategorischer Weise wird festgestellt, daß z. B. der Offiziersgehalt monatlich im Nachhinein zu zahlen ist, deshalb kann auch kein Vertrag an dem etwas ändern, wenn es auch vorteilhafter wäre, so darf der Gehalt nicht im Vorhinein ausgezahlt werden. Z. B. die Kündigungsfrist wird auf 48 Stunden festgesetzt, so kann kein Vertrag eine längere Kündigungsfrist festsetzen. Desgleichen verhält es sich mit den Urlauben. Deshalb kann auch diese „Kundmachung" zum Schutze der Arbeit niemals dienen und wurde deshalb beim höchsten Administrationstribunal die Klage überreicht.

Heute ist diese Kundmachung leider noch bindend und im Bunde mit dem provokatorischen Vorgehen der leitenden Stellen, schafft sie unter den Marinesoldaten Polens solche Verhältnisse, die weit von den geplanten Absichten der Meeresliga zur Feier des Meerestages liegen.

Es wäre die Pflicht der maßgebenden Stellen, daß zunächst alle diese Unzukömmlichkeiten und Konflikte, die unter den Seeleuten herrschen, beseitigt würden, daß die berechtigten Forderungen loyal und vernünftig berücksichtigt werden. Mit Drohungen von Repressalien werden die Seeleute selbst keine besondere Festesfreude am Feiertag des Meeres bekunden!

Mozart und seine Welt.

Lustige Anekdoten.

Ein gewisser Mensch...

In der „Leipziger Zeitung" stand 1782 zu lesen: „Ein gewisser Mensch, namens Mozart, hat sich erfrecht, mein Schauspiel „Belmont und Konstanze" zu einem Operntext zu verunstalten. Ich protestiere hiermit feierlichst gegen diesen Eingriff in meine Rechte und behalte mir alles weitere vor.
Christoph Bretzner, Verfasser des „Räuschchen".

Der Textdichter.

Schikaneder, der Mozart den recht mäßig ausgefallenen Text zur „Zauberflöte" schrieb, hielt sich für einen sehr begabten Schauspieler, Sänger, Musiker, Theaterdirektor und Dichter. Als am 30. September 1791 auf seiner Bühne im Freihaus zu Wien die Erstaufführung der „Zauberflöte" stattgefunden hatte, gratulierte man auch Schikaneder zu dem großen Erfolge dieses musikalischen Meisterwerks. „Ja, ja", meinte der Textdichter herablassend, „die Oper hat gefallen; aber welchen Beifall hätte sie erst gefunden, wenn mir der Mozart nicht so viel daran verpfuscht hätte!"

Wie wird man Komponist?

Ein junger Musiker fragte einmal Mozart: „Sagen Sie mir doch, wie wird man Komponist?"

Mozart: „Dazu sind Sie noch zu jung."

Der Musiker: „Aber Sie waren ja noch jünger als ich, als Sie zu komponieren anfingen."

Mozart: „Das ist wahr; aber es ist auch wahr, daß ich niemanden zu fragen brauchte, wie man es machen muß."

Die Waden der Braut.

Am 29. April 1780 schrieb Mozart an seine Braut Konstanze Weber einen Brief, in dem es heißt:

„Sie haben mir (ungeachtet allen meinen Bitten) dreimal den Korb gegeben und mir gerade ins Gesicht gesagt, daß Sie mit mir nichts mehr zu tun haben wollen. Ich, dem es nicht so gleichgültig ist wie Ihnen, den geliebten Gegenstand zu verlieren, bin nicht so hitzig, unüberlegt und unvernünftig, den Korb anzunehmen. Zu diesem Schritt liebe ich Sie zu sehr. Ich bitte Sie also noch einmal, die Ursache dieses ganzen Verdrusses wohl zu überlegen und zu bedenken, wie es war, daß ich mich darüber aufgehalten, daß Sie so unverschämt unüberlegt waren, Ihren Schwestern N. B. in meiner Gegenwart zu sagen, daß Sie sich von einem Chapeau haben die Waden messen lassen. Das tut kein Frauenzimmer, welches auf Ehre hält."

Der Kunstgriff.

Mozart studierte mit den Mitgliedern der Guardasonischen Truppe die Partien des „Don Juan" selbst ein. In der ersten Probe wollte der Vertreterin der Zerline der Aufschrei nicht gelingen. Der Komponist ließ die Stelle mehrmals wiederholen, es wollte nicht klappen. Unbemerkt eilte er vom Flügel auf die Bühne, schlich sich hinter die Künstlerin, und als der Augenblick kam, faßte er sie so derb und unerwartet um die Hüften, daß sie erschrocken aufschrie. „So ist es recht," sagte Mozart lachend, „so müssen Sie schreien!"

„Wo die Pflicht! ruft"

D. S. A. P. Teschner Schlesiens, Sitz Bielitz. Am Freitag, den 9. Juni, findet um 6 Uhr abends im Arbeiterheim eine Bezirksvorstandssitzung statt, zu welcher sämtliche am letzten Bezirksparteitag gewählten Genossen vollzählig zu erscheinen haben.

Zur Beachtung! Der A.-G.-V. „Frohsinn" in Bielsko veranstaltet amm Sonntag, den 11. Juni l. Js., (bei ungünstiger Witterung am Sonntag, den 18. Juni), einen Familien-Ausflug, wozu alle unterstützenden Mitglieder sowie Freunde und Gönner auf das herzlichste eingeladen werden. Derselben findet auf dem Olgablick (Halama-Wäldchen), Ober-Ohlisch, statt. Um zahlreiche Beteiligung allerseits ersucht der Vorstand.

Lipnik. Verein Arbeiterheim in Lipnik veranstaltet am Sonntag, den 18. Juni d. Js., beim Jägerhaus in Lipnik ein Waldfest unter gefälliger Mitwirkung des Arbeiter-Gesangverein „Freiheit" und der Jugendorganisationen in Lipnik. Entree freie Spende. Alle Arbeiterorganisationen werden ersucht diesen Tag freizuhalten.

Arbeiter-Gesangverein „Widerhall" in Lobnitz. Am Sonntag, den 11. Juni, veranstaltet genannter Verein in Frau Jenkners Wäldchen in Lobnitz einen Ausflug, zu welchem alle Freunde und Gönner des Vereins auf das freundlichste eingeladen werden. — Im Falle ungünstiger Witterung findet der Ausflug den nächstfolgenden schönen Sonntag statt.

Lipnik. Die sozialistischen Kulturorganisationen von Lipnik veranstalten am Sonntag, den 18. Juni 1933 am Spielplatz neben dem Bialaer Jägerhaus ein Volksfest, verbunden mit Belustigungen für jung und alt, zu welchem auf das herzlichste eingeladen wird. Ab 9 Uhr vormittags Frühschoppenkonzert. Für gute Speisen und Getränke zu mäßigen Preisen ist bestens vorgesorgt. Um 2 Uhr nachmittags Abmarsch mit Musik vom Englerts Gasthaus auf den Festplatz. Daselbst Auftreten der Akrobatenriege des A. T. und S. V. Vorwärts Bielsko. Entree: freie Spenden. Eventueller Reingewinn fließt dem Arbeiterheimbaufond zu. Im Falle ungünstiger Witterung findet das Fest am 25. Juni 1933 mit demselben Programm statt.

Nikelsdorf. (Voranzeige.) Der A. G. V. „Eintracht" in Nikelsdorf veranstaltet am 9. Juli 1933 im Garten des Herrn Genser sein 25 jähriges Gründungsfest. Alle Sangesfreunde und Genossen werden heute schon auf diese Veranstaltung aufmerksam gemacht und ersucht diesen Tag für die Nikelsdorfer Arbeitersänger freizuhalten.
Die Vereinsleitung



Dollfuß' Sorgen

Oesterreichs berühmtes Deutschmeister-Regiment bekommt wieder seine alte Uniform.

Kapelle in der traditionellen Uniform des Deutschmeister-Regiments bei einem Konzert auf dem historischen Ballhaus-Platz in Wien, das den Auftakt zur Werbung für die neue österreichische „Vaterländische Front" bildet. — Die Oesterreichische Regierung Dollfuß bemüht sich neuerdings außerordentlich um die Pflege der österreichischen Heeres-Tradition. So werden alle Stamm-Regimenter in kurzer Zeit wieder die Uniform tragen, wie sie ihre berühmten Vorfahren, darunter das bekannte Deutschmeister-Regiment, in der Vorkriegszeit aufwiesen. In der Krise haben die Herren keine anderen Sorgen als die Uniformen.

Ermächtigungsgesetz vom Prager Abgeordnetenhaus angenommen

Prag. Am 8. Juni wurde das vom Ministerpräsidenten verlangte wirtschaftliche Ermächtigungsgesetz in unveränderter Form in zweiter und dritter Lesung vom Prager Abgeordnetenhaus angenommen. Dagegen stimmten die deutschen, ungarischen und slowakischen Oppositionsparteien sowie die Kommunisten. Am Freitag wird das Gesetz im Senat angenommen werden. Man erwartet dann bereits für Samstag die ersten Notverordnungen auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes, zunächst eine bedeutende Erhöhung der Zölle als Vorbereitung für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz.

Frankreich bestätigt die Garantien für die Kleine Entente

Paris. Das französische Außenministerium hat am Donnerstag nachmittag die schriftliche Bestätigung der den Staaten der Kleinen Entente **gegebenen Garantien an die französischen Gesandten** der drei Regierungen mit dem Auftrage **abgesandt,** sie an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

China und Japan für neue Friedenskonferenz

Tokio. Der Vertreter des japanischen Außenministeriums erklärte, daß die chinesische und japanische Regierung sich in der Frage der Einberufung der chinesisch-japanischen Konferenz geeinigt haben. Auf dieser Konferenz wird die japanische Regierung darauf bestehen, daß China Mandschukuo anerkennt.

Rücktritt des Präsidenten des japanischen Oberhauses

Tokio. Der Präsident des japanischen Oberhauses, Tokugawa, ist am Donnerstag von seinem Posten zurückgetreten. Der Rücktritt Tokugawas hat in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Zu seinem Nachfolger wurde der Stellvertreter des Präsidenten des Oberhauses, Prinz Tokumara, ernannt.

Rundfunk

Kattowitz.

Sonnabend, den 10. Juni. 11.40: Wie Warschau. 17.00: Kinderbriefkasten. 17.40: Wie Warschau. 19.10: Die Stadt der 1600 Moscheen 19.30: Wie Warschau.

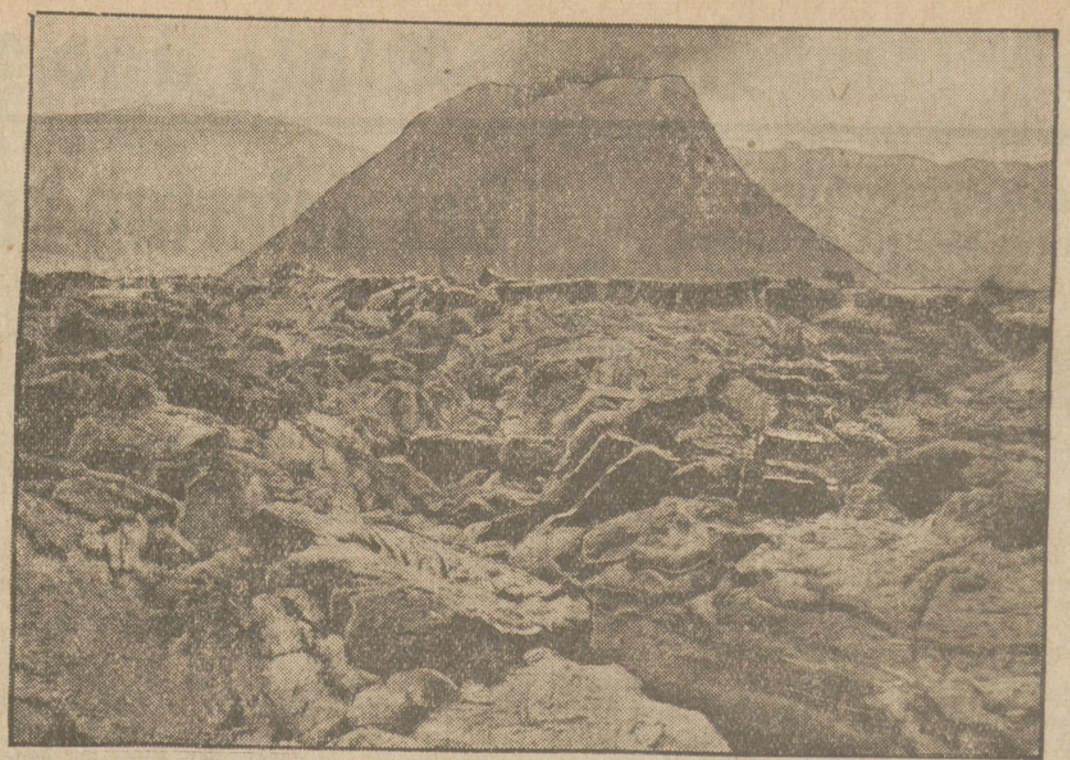
Warschau.

Sonnabend, den 10. Juni. 11.40: Nachrichten. 12.10: Schallplatten. 13.20: Wetter. 15.10: Mitteilungen. 15.35: Kinderfunk. 16.00: Schallplatten. 16.40: Ueber Raphael. 17.00: Für die Kranken. 17.20: Schallplatten. 17.40: Aktueller Vortrag. 18.00: Leichte Musik. 18.30: Am Horizont. 18.45: Allerlei. 19.20: Für Landwirte. 19.30: Vorlesung. 19.45: Nachrichten 20.00: Leichte Musik. 22.05: Klaviermusik von Chopin. 22.40: Ueber die Nationaloper. 22.55: Mitteilungen. 23.00: Tanzmusik. 23.30: Nachrichten für die polnische Polar-Expedition. 23.35: Tanzmusik.

Breslau und Gleiwitz.

Sonnabend, den 10. Juni. 6.00: Gymnastik: Willy Driske. 6.20: Frühkonzert der Standartenkapelle Nr. 41, Tilsit. In einer Pause: 7.00: Zeit, Wetter, Nachrichten. 8.00: Wetter. 11.30: Zeit, Wetter, Nachrichten, Wasserstände. 12.00: Mittag-Konzert des Kleinen Königsberger Funk-Orchesters. 1.00: Zeit, Wetter, Nachrichten, Börse. 1.15: Schallplatten. 2.15: Schallplatten und Reklame. 3.10: Landwirtschafts-Preise. 3.45: Die Umschau. Deutsche Kulturreaktion. Vortrag 4.00: Unterhaltungs-Konzert. In einer Pause: 4.45: Die Filme der Woche 5.30: Der Weg zur Dichtung. 5.50: Der Zeitdienst berichtet. 6.10: Konzert der Sängerschaft Fridericiana. 6.50: Wetter, Nachrichten. 7.00: Stunde der Nation. 8.00: Kernspruch. Politisches Kabarett. 9.00: Nachrichten. 9.10: Bunter Abend. 10.00: Wetter, Nachrichten, Sport. 10.30: Ostmarken-Rundfunk. 10.40: Schlesischer Sender. 10.45: Blasorchester-Konzert zum Besten der Hindenburg- und Adolf-Hitler-Spende. Anschließend: Tanzmusik der Kapelle Adalbert Lutter. Aus Berlin.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: J. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita" Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.



Der Vesuv meldet sich wieder

Nahaufnahme des Kraterkegels des Vesuvs mit den gewaltig aufgetürmten Lavamassen. — Der neue Ausbruch des Vesuvs hat unerwartet einen größeren Umfang angenommen. Ein Lavastrom rückt mit beträchtlicher Geschwindigkeit gegen die Vesuvdörfer vor. Man hofft jedoch, daß der Strom noch vor Erreichung menschlicher Behausungen zum Stillstand kommt. Besonders zur Nachtzeit bieten die jetzigen Erruptionen ein schaurig-schönes Schauspiel für die vielen Tausenden von Besuchern, die sich in dieser Jahreszeit an dem idyllischen Golf von Neapel versammeln.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Königshütte. (Mitgliederversammlung.) Am Freitag, den 9. Juni, abends 7½ Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses eine Mitgliederversammlung der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei und der Arbeiterwohlfahrt statt. Als Referent erscheint Sejmabgeordneter Genosse Kowoll. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Kostuchna. Am Sonntag, den 11. Juni, nachmittags 3½ Uhr, findet bei Krause eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der Arbeiterwohlfahrt statt. Als Referent erscheint Genosse Kowoll.

An die Mitglieder der „Arbeiterwohlfahrt".

Unseren Genossinnen wird am Sonntag, den 11. Juni, Gelegenheit gegeben, an der Przemsa im Kreise der Jugend, frohe und unterhaltende Stunden zu verbringen. Darum alles auf nach der Przemsa!

Auch die Genossinnen von Kattowitz werden gebeten, für diesen Sonntag auf ihren Ausflug zu verzichten, ihn für einen späteren Termin zu belassen und gemeinsam dort hinauszuwandern. Auskunft wird jederzeit im Parteibüro gegeben!

Für die Genossinnen von Groß-Kattowitz, welche aber am Sonntag, den 11. Juni, auf den Ausflug nach Sadoll nicht verzichten wollen, ist früh ½7 Uhr der Abmarsch angesetzt und zwar für Kattowitz und Zawodzie, Dom, am Plac Miarki und für Zalenze am Kreuz, ulica Wilsona. Allerdings unterbleiben alle musikalischen Darbietungen oder Beteiligung der Jugend usw., weil sich alles nach der Przemsa konzentriert. Also kommt lieber dorthin!

Bergbauindustriearbeiterversammlungen
am Sonntag, den 11. Juni.

Zawodzie. Vorm. 9½ Uhr, bei Posch. Referent zur Stelle.
Krol.-Huta. Vorm. 10 Uhr, im Volkshaus. Ref. zur Stelle.
Siemianowice-Bytkow-Michalkowice. Nachm. 3 Uhr, bei Kozdon in Siemianowice.
Mitgliedsbücher sind mitzubringen!

Deutscher Sozialistischer Jugendbund in Polen.
Bezirk Polnisch-Schlesien.

Am Sonntag, den 11. Juni, findet an der Weißen Przemsa ein Treffen mit den „Czerwone Harcerze" statt. Die Gruppen haben sich so einzustellen, daß sie früh um 8 Uhr am bekannten Platze erscheinen.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Sonnabend, den 10. Juni: Nachtfahrt.

Kattowitz. (Bezirksarbeitersekretariat der freien Gewerkschaften.) Des Feiertags wegen wird die nächste Rechtsberatungsstunde für Kattowitz und Umgebung von Donnerstag, den 15. auf Mittwoch, den 14. Juni zur üblichen Zeit vertagt.

Königshütte. (Mitgliederversammlung.) Die Arbeitsgemeinschaft der Kriegsopfer in Polen, Ortsgruppe Krol.-Huta, hält am Montag, den 12. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshause die fällige Mitgliederversammlung ab.

Königshütte. (Vertrauensmänner-Versammlung des D. M. V.) Am Mittwoch, den 14. Juni 1933, nachmittags um 5 Uhr, findet im Volkshaus Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6 (Büfettzimmer), eine Vertrauensmänner-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt. Wir bitten um pünktliches und bestimmtes Erscheinen.

Krol.-Huta. (Arbeitslosenversammlung der Freien Gewerkschaften.) Am Freitag, den 16. Juni 1933, nachmittags um 4 Uhr, findet eine Arbeitslosenversammlung der Freien Gewerkschaften Krolewska Huta im Volkshaus Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6, statt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen, ebenso die Arbeitslosenkarte.

Die Ortsgruppe Schwientochlowitz des alten Wirtschaftsverbandes der Kriegsverletzten und -Hinterbliebenen hält am Sonnabend, den 10. d. Mts., abends um 7 Uhr, in dem bekannten Versammlungsraume eine Vollversammlung ab. Die Mitglieder sind verpflichtet, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Das Vereinsleben nimmt nach wie vor seinen ungestörten geregelten Fortgang.

Die Ortsgruppe Rybnik des alten Wirtschaftsverbandes der Kriegsverletzten und -Hinterbliebenen hält am Sonntag, den 11. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, an bekannter Stätte eine Vollversammlung ab. Der Schriftführer Bakalorz, der sein Amt niedergelegt hat, wird einen eingehenden Vortrag über seine langjährige Tätigkeit halten. Da außerdem überaus wichtige und einschneidende Beschlüsse zu fassen sind, muß die Mitgliedschaft vollzählig und pünktlich erscheinen. Auch sind die Mitgliedskarten bestimmt mitzubringen.

Am Sonntag, den 11. Juni, an der Weißen Przemsa:

Auf zum „Roten Jugendtreffen"!